

Ausgabe vom Donnerstag, 28. Juni 2007

[<<< zurück zur Artikelübersicht <<<](#)

Überbauung Belvedere

Hoch hinaus ist nicht beliebt

Express

- Dort wo jetzt noch das Kantonsspital steht, soll eine Überbauung hin.
- Geplant sind im Norden der Liegenschaft auch zwei Hochhäuser.
- Diese stossen aber den Nachbarn sauer auf. Sie seien viel zu hoch.

Noch hat der Grosse Gemeinderat nicht über die geplante Überbauung auf dem Areal des Kantonsspitals diskutiert. Doch schon formiert sich Widerstand.

von Yvonne Anliker

Bis Ende August 2008 werden im Kantonsspital in Zug noch die Patienten gepflegt. Danach folgt der grosse Umzug nach Baar ins Zentralspital. Das dadurch frei werdende Areal direkt am See soll aber nicht leer stehen. So sind eine Seniorenresidenz, ein Hotel mit Club und ein Restaurant geplant. Im Norden der Liegenschaft sollen zusätzlich zwei Hochhäuser entstehen. Den Bebauungsplan «Belvedere» dazu hat der Stadtrat im Mai vorgestellt. Der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug (GGR) wird am Dienstag darüber beraten.

Keine Vorteile

Der Widerstand gegen das Projekt hat sich aber schon jetzt formiert: und zwar durch die Interessengemeinschaft Hofmatt. «Der Bebauungsplan bringt keine Vorteile für das umgebende nördliche Siedlungsbild», schreibt die IG in einer Mitteilung, die sie an alle Gemeinderäte verschickt hat. Dies sei aber eine notwendige Voraussetzung für einen Bebauungsplan. «Diese Bedingung wird jedoch durch die beiden Hochhäuser krass missachtet.» Martin Spillmann, Mitglied der IG (nicht zu verwechseln mit dem FDP-Gemeinderat), präzisiert: «Wir verlieren die Aussicht auf See und Berge, unsere Lage wird abgewertet, die Hochhäuser werfen einen langen Schatten, und wir werden mit Emissionen konfrontiert sein.»

Deshalb zieht die IG folgendes Fazit: Weil die Bauten nur Nachteile für das umgebende Siedlungsgebiet mit sich bringen würden, «fehlt die zentrale Voraussetzung für die Erstellung von Hochhäusern mittels Bebauungsplan», so die IG. Mit einer ähnlichen Argumentation hat der Regierungsrat kürzlich den Bebauungsplan für das Coop-City-Gebäude in der Stadt Zug abgelehnt.

Ausnützung umverteilen

Weiter moniert die IG, dass die «Doppeltürme» das Hofmattquartier optisch erdrücken und es zum «Hinterhof der Residenz» verkommen lassen würden. Die Gebäudehöhe sei einfach zu «aggressiv». Unzufrieden ist die IG Hofmatt auch mit der Verteilung der Gebäude auf der gesamten Liegenschaft. «Der Hauptteil der Ausnützung wird im nördlichen Arealdrittel platziert.» Dies führe zu einer massiven Benachteiligung und damit zu einer Rechtsungleichheit für die nördlich und nordöstlich gelegenen Nachbarliegenschaften. Deshalb soll die Ausnützung auf dem Areal ausgeglichener verteilt werden. Auch der Durchblick zwischen den Gebäuden sei zu verbessern.

Die IG wäre einverstanden mit einem Hochhaus mit der Höhe des heutigen Personalhauses. Positiv erwähnt sie zudem die Tatsache, dass der Park und das Seeufer öffentlich zugänglich bleiben sollen. Wie die Interessengemeinschaft in der Sache weiter vorgehen wird, darüber wird sie nach der GGR-Sitzung entscheiden.

Grünfläche generieren

Zugs Stadtplaner Harald Klein kann die Kritik zwar nachvollziehen. Er ist aber von den Hochhäusern überzeugt. «Würden wir auf sie verzichten und in die Breite bauen, müssten wir mehr Grünfläche verbrauchen.» Gerade die entstehende grosszügige Grünfläche sei ja ein Vorteil der geplanten Überbauung. Zudem habe die Jury das Projekt mit der tiefsten Ausnützung ausgewählt. Auch Bauchefin Andrea Sidler streicht ähnliche Vorzüge von «Belvedere» heraus.

«Je breiter die Überbauung, desto weniger grün ist die Umgebung», sagt sie. Und: «Es gibt kein Gesetz, das das Recht auf Aussicht garantiert.» Dass ihr wegen des Projekts der Alfred Müller AG von gewissen Gegnern ein rauer Wind entgegenwehen wird, ist ihr bewusst.

Dass der Widerstand gegen das Projekt jedoch schon jetzt entstanden ist, bedauert Stadtpräsident Dolfi Müller. «Wir müssen aufpassen, dass wir städtebaulichen Fortschritt nicht durch Beschwerden bremsen», sagt er. Es dürfe in Zug kein Klima entstehen, das immer wieder zu Interventionen führt. «Sonst haben wir am Schluss einen Rechtsmittelstaat.»

webmaster@neue-lzag.ch

[Home](#)

[Seitenanfang](#)



[Seite ausdrucken](#)